

Feier zum 90jährigen Bestehen der SPD Bellheim am 21.11.2010

Zum 90-jährigen Jubiläum feierte die Sozialdemokratische Partei Bellheims zusammen mit ca. 60 geladenen Gästen in der Kulturwerkstatt des Kulturvereins.

In seiner Ansprache konnte der Parteivorsitzende Hartmut Piehl Bürgermeister und Beigeordnete, Mitglieder der Räte, Fraktionsvorsitzende der CDU, der ÖDP und der Wählergruppe Adam, den Bellheimer Lord Norbert Rothhaas und zahlreiche Freunde der SPD begrüßen. Bei einem Gläschen Sekt, Kaffee und gutem Kuchen, belegten Brötchen sowie Klaviermusik lauschten die Gäste den Ansprachen.

Thomas Hitschler (SPD), der Vorsitzende des Unterbezirks, beglückwünschte die SPD-Mitglieder - könnten Sie doch auf eine lange Tradition zurückblicken.

Dieter Adam, Verbandsbürgermeister (Freie Wählergruppe) stellte die gute Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und Freien Wähler über 50 Jahre heraus und wies auf die maßgebliche Gestaltung des Gemeinwesens durch die SPD und ihre Beigeordneten Fröhlich, Schmitt, Carius und Biehler hin. Er wünschte, dass die Partei auch zukünftig anregende und stärkende Kraft in unserm Gemeinwesen bleibe.

Bürgermeister Tobias Baumgärtner stellte den Wandel der Gesellschaft über die 90 Jahre heraus und wies darauf hin, dass Bellheim ohne die Sozialdemokraten nicht so dastehen würde, wie dies heute der Fall ist. Er wünschte, dass auch zukünftig eine gemeinsame Gestaltung der Politik in den Orts- und Verbandsgemeinden möglich ist.

Barbara Schleicher-Rothmund, Mitglied des Landtages, ehrte unser Mitglied **Sigrid Weiler** für ihre 25jährige aktive Tätigkeit in der Partei und wies auf die positiven Entwicklungen im Landkreis in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Verkehr hin, was ohne die vorbildliche Strukturpolitik der Landesregierung nicht möglich geworden wäre.

Im Zentrum der Feier stand die Festrede von **Dr. Kurt Biehler**. Ausgehend von dem Verbot der Sozialdemokratie durch Bismarck spannte er den Bogen von der Gründungsversammlung am 05. März 1920 über die Separatismusbestrebungen nach dem ersten Weltkrieg, die Wirtschaftskrise und Inflation während der Weimarer Republik, dem gewaltsamen Rücktritt der SPD-Ratsmitglieder 1933 mit ihrer In-Schutzhaft-Nahme, der Wiedergründung am 15. April 1946 bis zur Zeit der Währungsreform und des Wirtschaftswunders bis 1994.

Der Redner ging der Frage nach: Warum engagierten sich unsere Vorfahren und wir heute noch in der SPD? Einige wesentliche Aussagen:

- In einer repräsentativen Demokratie sind **stabile Gruppen Voraussetzung** für das Funktionieren unserer Staatsform, denn nur selten können Einzelne den politischen Prozess des Entscheidens beeinflussen.
- Blicken wir auf den **schwierigen Prozess der Anerkennung unserer Partei** im 19. Jahrhundert, wird deutlich: Es waren die schwierigen gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie im Erfurter Programm beschrieben wurden, die eine Parteigründung zwingend notwendig machten. In Zusammenhang mit den Verboten zu Bismarcks Zeiten im Kaiserreich musste eine Bewegung entstehen, die den allgemeinen Zielen der **Freiheit, Gleichheit und Solidarität** verpflichtet war.
- Es gilt, dieses komplizierte Ganze einsehbar zu machen durch **Reduktion von Komplexität**. Es gilt die **Grundlinien der Politik aufzuzeigen** durch Kommunikation und Verständlich-Machen

der wesentlichen Sachverhalte. Die Parteien sind es, die schwer verstehbare Realitäten auf Grundlinien zurückführen und dadurch zum Verständnis der Sachverhalte beitragen.

- Dabei ist **organisatorische Kontinuität** notwendig. Mit der Organisation einer Partei werden Wertvorstellungen auf Dauer gestellt. **Dem Bürger wird ermöglicht, Sachentscheidungen Personen zuzuordnen** und dadurch Verantwortung für die Realisierung und Nichtrealisierung der Alternativen zu erzeugen.
- **Wähler und Parteien haben sich entfremdet.** Peter Graf Kielmansegg im Rheinischen Merkur: „Die Wahlbeteiligung sinkt.... Dramatisch weniger Bürger als vor 20 oder 30 Jahren sind Mitglieder einer Partei. Protestbewegungen und Protestparteien, die aus dem Stand Wähler in beträchtlicher Zahl mindestens vorübergehend für sich mobilisieren können, sind eine gewohnte Erscheinung geworden. Und was die Wahlforscher als zunehmende Volatilität (Beweglichkeit) beschreiben, ist ... Ausdruck seiner steigenden Ratlosigkeit.“ (Nr. 39/2010).
- In der Politik –auch in der Ortspolitik- sind **demokratisch ausgetragene Konflikte eben nicht „Bürgerkriege im Kleinformat“, sondern Formen geistiger Auseinandersetzung** im Prozess der Gestaltung des Gemeinwesens. Hier gilt es, nicht die Harmoniebedürfnisse der Bürger zu bedienen, sondern mit Anstand zu streiten.
- Allerdings müssen wir als engagierte und gewählte Mitglieder unserer Gemeinwesens uns immer fragen lassen: **Sind wir noch Agenten einer Gemeinwohlkonzeption oder verfolgen wir als Entscheidungsträger partikuläre Einzelinteressen?** Graf Kielmansegg: „Sie laufen Gefahr in der Verfolgung ihres Interesses an sich selbst ihr eigener Zweck zu werden. Für jedes organisierte Partikularinteresse wird das eigene Interesse zum Gemeinwohl.“
- Dabei erkennt man wohl die Schwierigkeit: **Die Gewählten sind der Gemeinwohlvorstellung verpflichtet. Der Wähler aber darf an sich selbst denken.**

Zusammenfassend stellt Dr. Biehler fest:

Es gab keine Epoche in Bellheim, in der so viel bewegt wurde, wie seit 1946 bis heute. Unsere Kommune war eingebunden in das politische, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Gefüge unseres Gesamtstaates. Der Rahmen stimmte, weil die Entscheidungen auf höherer Gestaltungsebene in Bonn, Berlin und Mainz rechtzeitig und richtig getroffen wurden.

Auch der Gestaltungswille und die Initiativen Einzelner, der Bürgermeister und der Beigeordneten, der Räte und der Bürger haben ganz entscheidend zur Entwicklung beigetragen. Das Ziel der Politik war die Steigerung des Gemeinwohls.

Auch die SPD in Bellheim hat seit 90 Jahren dazu beigetragen, im Diskurs gute Lösungen zu finden. Sie war sich dabei bewusst, dass sie nie allein gestaltend, sondern anregend und fördernd tätig sein konnte.

In Zukunft will die örtliche SPD ihren Beitrag für die Entwicklung der Gemeinde und Verbandsgemeinde leisten für ein sich weiter entwickelndes Gemeinwesen mit dem Angebot einer hohen Lebensqualität. Dabei sollte nicht nur die SPD der Gemeinwohlvorstellung – und nicht den Lobbyinteressen - verpflichtet sein.